Ressort: Gesundheit

Künast fordert Verstaatlichung des Organspendesystems

Berlin, 17.08.2013, 15:24 Uhr

GDN - Ein Jahr nach Bekanntwerden des Transplantationsskandals haben Politiker von Grünen und Linkspartei eine Reform des Organspendesystems in Deutschland gefordert. Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, sprach sich gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" für eine öffentlich-rechtliche Institution aus, die die Koordination der Organspenden übernehmen solle.

Bisher liegt diese Aufgabe bei Privaten: bei der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO), Eurotransplant und der Bundesärztekammer. Künast sagte, die Bundesregierung habe "sich bislang einer grundlegenden Reform des Systems verweigert und sich mit kleinen Änderungen begnügt". Die Bundestagsabgeordnete Kathrin Vogler (Linkspartei), stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, sagte der F.A.S., es müsse "neu und sehr grundsätzlich" über das System nachgedacht und auch dringend über Hirntoddiagnostik gesprochen werden. Die Diagnose des Hirntods ist Voraussetzung bei postmortalen Organspenden. Trotz Hirntods sind viele Körperfunktionen noch aktiv. Es ist daher umstritten, ob ein hirntoter Patient "tot" oder "sterbend" ist. Nach Bekanntwerden der Transplantationsskandale in deutschen Kliniken war gesetzlich verankert worden, dass die Manipulation an Wartelisten ein Straftatbestand ist. Zudem müssen die Richtlinien der Bundesärztekammer zur Organvergabe nun vom Bundesministerium für Gesundheit genehmigt werden. Das Ministerium wirbt derzeit mit einer 180.000 Euro teuren Kampagne, um die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung zu erhöhen. Es sieht keinen Bedarf für weitere Änderungen am Organspende-System. Die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Scharfenberg (Die Grünen) sagte der F.A.S.: "Im Grunde will die Bundesregierung das Transplantationssystem weiterhin der Selbstkontrolle überlassen." Sie forderte, die DSO zu verstaatlichen. Am Montag beginnt der Prozess gegen einen Chirurgen, der in den Transplantationszentren Göttingen und Regensburg tätig war. Ihm wird versuchter Totschlag in elf Fällen und Körperverletzung mit Todesfolge in drei Fällen zur Last gelegt.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-19880/kuenast-fordert-verstaatlichung-des-organspendesystems.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619